

# Laibacher Zeitung.

Nr. 203.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 5. September

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 50 kr., 3mal 40 kr.; sonst pro Zeile 1m. 6 kr., 2m. 5 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1872.

## Ämtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den theilnehmenden anderen k. k. Ministerien den Herren Julius Hainisch und Leopold Löwy die Bewilligung zur Errichtung einer Commanditgesellschaft auf Actien unter der Firma „Genossenschaftsbank von Julius Hainisch, Leopold Löwy und Comp.“ mit dem Sitz in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 3. September 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die Stücke XLVI und XLVII des Reichsgesetzblattes vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe ausgegeben und versendet.

Das XLVI. Stück enthält unter Nr. 128 den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Kaiserthum Japan vom 18. Oktober 1869.

Das XLVII. Stück enthält unter Nr. 129 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 10ten August 1872 über die Ermächtigung des Nebenzollamtes erster Klasse zu Jurem in der Bukowina zur Ausrittsbehandlung von Bier;

Nr. 130 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 11ten August 1872 wegen Aufstellung eines österreichischen Nebenzollamtes erster Klasse im Bahnhof zu Wipert in Böhmen und Umwandlung des an der Zollstraße-basirten bestehenden Nebenzollamtes erster Klasse in ein Nebenzollamt zweiter Klasse;

Nr. 131 die Verordnung des Justizministeriums vom 23. August 1872, betreffend die Vereinfachung der Correspondenz zwischen den k. k. österreichischen und den k. italienischen Gerichtsbehörden;

Nr. 132 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 28ten August 1872 über die Erhebung der Nebenzollämter erster Klasse zu Bazias und Pancejova zu Hauptzollämtern zweiter Klasse.

## Nichtamtlicher Theil.

### Zur Wahlreform.

Die Vorlage über die Wahlreform wird zweifelsohne den Kern der nächsten Action der österreichischen Reichsvertretung bilden.

Die „Montags-Revue“ erhält über dieses Thema nachstehende Correspondenz:

„Von der Thronrede, welche nach wie vor als das Programm des Ministeriums Auerperg zu betrachten ist, angefangen, und in allen öffentlichen Erklärungen und privaten Äußerungen der Mitglieder der Regierung wurde mit Entschiedenheit dem Vorsatz des Ministeriums, die Wahlreform durchzuführen, Ausdruck gegeben. An diesem festen Willen konnte sich um so weniger etwas ändern, als die öffentliche Meinung über die Nothwendigkeit der Reform einig ist, und überall, auch in den maßgebenden Kreisen die juristischen Bedenken bezüglich der Competenz der Landtage zum Theile infolge der unausweichlichen Nothwendigkeit, mehr aber noch durch die überzeugenden Ausführungen des Freiherrn von Lichtensfels im Herrenhause, geschwunden sind. Es liegt nicht die entfernteste Veranlassung für die Regierung vor, ihren Vorsatz zu verlassen, und wir können nach guten Informationen behaupten, daß die Vorlage über die Wahlreform den Mittelpunkt der parlamentarischen Action im Herbst bilden werde. Was die Vorbereitung des Gesetzes betrifft, so ruht dieselbe ausschließlich in den Händen des Freiherrn von Lasser, und es hat bis zur Stunde kein einziger Beamte des Ministeriums des Innern Gelegenheit gehabt, irgendwie sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Wenn die Vorlage, bei deren Ausarbeitung mit Hinsicht auf den praktischen Erfolg das ziffermäßige Moment mehr als jedes andere in den Vordergrund tritt, das Stadium der Vorbereitung überschritten haben wird, so dürfte sie vor der eigentlichen Berathung in der Ministerconferenz zunächst den anderen Ministern mitgetheilt werden, damit ihre genauere Kenntnis einzelner Kronländer die entsprechende Rügenwendung finde, und dann wird auch der gute Rath von Abgeordneten in Anspruch genommen werden. Soviel wir wissen, ist das Gruppensystem beibehalten; die Frage, in wie weit die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten auch aus dem Grundrundsatz zu erfolgen habe, steht in innigem Zusammenhange mit eben jener oben angedeuteten ziffermäßigen Aufgabe, die, wir wiederholen es, mehr als jede Theorie in Betracht zu kommen hat.“

Die „Presse“ bemerkt hierzu folgendes: „Nach weiteren Andeutungen, die uns über die formelle Behandlung gemacht werden, ist die Frage eine offene, ob die

Vorlage als einheitliches Ganzes oder in Form von zwei Gesetzen, von denen das eine die Grundzüge, das andere die Ausführungs-Bestimmungen zu enthalten hätte, im Reichsrathe eingebracht werden soll. Die Bedeutung dieser verschiedenartigen Behandlungsweise ist einschneidend. Ueber die Grundzüge der Wahlreform, über die principiell Einführung der directen Wahlen ist die Verfassungspartei einmütig und die Annahme eines Widerstandes ausgeschlossen. Anders in Betreff der Fragen, welche die Ausführung betreffen, die Vertheilung der Abgeordneten auf die verschiedenen Länder, die Bestimmung der Wahlorte, die Eintheilung der Wahlkreise etc. Bei den mitunter divergierenden Interessen, die bei der Ausführung des Gesetzes ins Spiel kommen, dürften lebhafteste Gegensätze unvermeidlich werden. Die Klippen, welche hieraus entspringen, lassen sich umgehen durch eine Zweitheilung der Vorlage in der angezogenen Weise. Zur Annahme des Gesetzes über die Grundzüge ist im Reichsrathe verfassungsmäßig eine Zweidrittel-Majorität erforderlich, während die Ausführungs-Bestimmungen mit einfacher Majorität angenommen werden können. Dies der gewichtige Vortheil, welchen die zweifache Behandlung der Vorlage bieten würde. Da Baron Lasser in der Ausarbeitung vollkommen freie Hand besitzt, so wird die Beschlußfassung über diesen wesentlichen Punkt von seiner Entscheidung abhängen.“

### Der politische Umschwung in Böhmen.

Mögen die tschechischen Organe immerhin den politischen Kampf gegen die Verfassung fortsetzen, mögen die publicistischen Stimmen immerhin in der Negation einer Wandlung zum Bessern in Böhmen verharren, diese Wandlung geht doch — wenn auch nur langsam — vor sich. Die Anzeichen hierfür am politischen Horizonte mehrten sich; ein großer Theil der Gemeinden Böhmens legt Verdrachensadressen in die Hände des kaiserlichen Statthalters.

Das „Prager Abendblatt“ schreibt: „Man irrt, wenn man meint, wir gingen von der Ansicht aus, das böhmische Volk werde nun, wo es so viele Beweise dafür erhalten, daß die Politik, welche ihm seine Führer angethan, weder heilsam sei, noch zum Ziele führe, nichts Eiligeres zu thun haben, als sich in Saß und Asche zu hüllen, seinen bisherigen Führern, wie man zu sagen pflegt, den Laufpaß zu geben und sammt und sonders nach Wien zu wallfahren, um die Aufnahme in den Reichsrath zu erwirken. Als ob das, was in zwölf Jahren durch die raffiniertesten Künste einer rücksichtslosen Agitation und durch die übermenschlichsten Anstrengungen einer sich über alle Schranken hinwegsetzenden Journalistik geschaffen worden, so nur im Handumdrehen über den Haufen geworfen werden könnte!“

Zu lange war den professionellen Hezern die Möglichkeit geboten, das Herz des Volkes mit Haß und Mißtrauen zu erfüllen, zu lange hatten die nationalen Blätter und ihre Hilferheifer freien Spielraum, ein papierenes Schreckens-Regiment zu etablieren, als daß es heute möglich wäre, Knall und Fall die unheilvollen Folgen eines solchen Interregnums zu beseitigen. Das stramme Regiment des „Nationalconvents“ steckt eben dem Volke noch viel zu sehr in allen Gliedern, als daß es jetzt schon wagen könnte, sich auf die eigenen Füße zu stellen und offen zu debarouieren, was es seit zwölf Jahren in überberathener Consequenz so zähe verteidigt hatte. Es wäre vielleicht auch gar nicht zu wünschen, wenn dieser sonst unausbleibliche Wechsel in der Gesinnung des Volkes ohne vorherige vollständige Discreditierung der bisherigen nationalen Politiker eintrete. Erst muß es sich gründlich von der völligen Aussichtslosigkeit der bisherigen Taktik seiner Führer überzeugen, erst muß es unumstößliche Beweise dafür erhalten, daß die gegenwärtige gesetzestreue Aera keine bloße „Episode“, kein „letzter Versuch“ mehr ist, erst muß es schließlich Zeit gewinnen, sich selbst ein Urtheil darüber zu bilden, was ihm frommt und was ihm abträglich ist, dann erst wird die Zeit gekommen sein, wo es sich wieder mit dem Verfassungsgedanken versöhnen und seine bisherigen politischen Lustschlösser fahren lassen wird.

Nicht einzelne, wenig zurechnungsfähige Leute, sondern die ganze große Majorität der ländlichen Bevölkerung ist heute noch von dem Wahne befangen, daß die gegenwärtige Regierung, der Reichsrath und die Verfassungspartei das böhmische Volk bis auf den Tod hassen, und daß sie keine andere Tendenz verfolgen, als Böhmen sobald als möglich zu germanisieren, um es

mit der Zeit Oesterreich gänzlich zu entfremden. So gründlich hat es eine gewissenlose, vor keiner Tüge zurückweichende Journalistik verstanden, den gesunden Sinn des Volkes zu verwirren und Haß und Mißtrauen da zu säen, wo früher Aufrichtigkeit und brüderliche Liebe geherrscht haben. Wo solches Unkraut einmal Wurzel gefaßt und ungeführt fortgewuchert hat, da muß längere Zeit und sorgsam gejätet werden, bevor wieder eine gesunde Frucht erwartet werden kann. Das Volk muß erst die Ueberzeugung gewinnen, daß nicht aus Haß und nicht aus Vorurtheile — wie man ihm bisher vorlog, — sondern aus wahren österreichischen Patriotismus, aus Rücksicht auf die Erhaltung des Reiches seine staatsrechtlichen Velleitaten unerfüllt bleiben, dann wird es wieder Vertrauen gewinnen und allgemein nur auf gesetzlichem Boden das anstreben, was es zur Erhaltung und Sicherung seiner Nationalität, zur geistlichen Entfaltung seiner geistigen und materiellen Kräfte für nothwendig findet.

Allerdings sind schon heute erfreuliche Anzeichen dafür vorhanden, daß der Prozeß, der den ersuchten Umschwung in der Gesinnung der Bevölkerung herbeiführen soll, bereits begonnen hat, und wir selber hatten schon wiederholt Gelegenheit, Symptome zu registrieren, welche diese Ansicht bekräftigten, allein von da bis zum wirklichen und definitiven Umschwunge ist noch ein ziemlich weiter Schritt.

Es kommt jetzt nur darauf an, den Prozeß sich unausgesetzt vollziehen zu lassen und dem Volke von Zeit zu Zeit zu zeigen, wie lange es zu Zwecken mißbraucht wurde, welche ihm vollständig fernliegen, und was für Leute es waren, die sich ihm mitunter als Führer aufzudrängen versuchten. Das Material hierzu ist leicht zu beschaffen, denn die nationale Journalistik selber liefert es in Hülle und Fülle.“

### Verfahren in Bagatellsachen.

Die „N. fr. Pr.“ meldet, daß die Verathungen über das Gesetz, betreffend das Verfahren in fireitigen Bagatellsachen nunmehr beendet sind und unter anderen nachstehende wichtige Bestimmungen enthalten:

Nach § 1 hat das Bagatell-Verfahren Anwendung auf alle Rechtsstreitigkeiten, die zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehören, wenn sie bestimmte Geldsummen zum Gegenstande haben, die nach dem Klagebegehren 25 fl. nicht übersteigen, oder wenn sie andere Gegenstände betreffen, sofern der Klage-Anspruch zu einem alternativen Begehren auf Zuerkennung einer Geldsumme sich eignet und diese in einem 25 fl. nicht übersteigenden Betrage gefordert wird, oder wenn der Kläger sich in der Klage ausdrücklich erbiethet, eine solche Geldsumme als Pfandungsbetrag anzunehmen. Als Bagatell-Gerichte fungieren die Bezirksgerichte. § 2 bestimmt, daß in Städten mit besonderen Handelsgerichten (Wien, Prag, Triest) besondere Bagatell-Gerichte für Handelsachen zu errichten sind. Auf Klagen aus Wechselgeschäften, auf solche, die der Realgerichtsbarkeit zugewiesen sind, auf Rechtsachen, in welchen die Erlöschung eines Zahlungsbefehls begehrt wird, dann auf Klagen aus dem Bestandvertrage, wenn sie nicht auf Eintreibung des Zinses gerichtet sind, hat nach § 4 das Bagatell-Verfahren keine Anwendung. Nach §§ 5 und 6 kann durch ein vor dem Bagatell-Richter getroffenes Uebereinkommen der Parteien das Bagatell-Verfahren auch auf Ansprüche bis zum Betrage von 210 fl. angewendet werden, wenn sie sonst für dieses Verfahren geeignet sind.

Der Rechtsstreit kann nach § 9 in Person oder durch Bevollmächtigte geführt werden. Bevollmächtigte müssen eigenberechtigt, männlichen Geschlechtes, von dem Streitgegenstande unterrichtet und mit schriftlicher Vollmacht versehen sein. Die Klage kann schriftlich angebracht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden. Die Verhandlung ist mündlich und öffentlich.

§ 24. Der Richter kann mehrere zwischen denselben Parteien anhängige Rechtsstreitigkeiten, sowie Rechtsstreitigkeiten verschiedener Kläger oder verschiedener Beklagter gegen dieselbe Gegenpartei zur gemeinschaftlichen Verhandlung verbinden.

§ 26. Jede Partei kann zur Aufklärung des Sachverhaltes an die anwesende Gegenpartei Fragen durch den Richter stellen lassen oder mit dessen Zustimmung unmittelbar stellen. Fragen, welche dem Richter unangemessen erscheinen, hat er zurückzuweisen.

Nach § 31 obliegt die Beweisnahme dem Richter. Die Parteien können bei der Beweisaufnahme gegenwärtig sein.



§ 33. Der Richter hat, sofern in diesem Gesetze nicht etwas anderes bestimmt ist, unter Berücksichtigung des Ergebnisses der gesamten Verhandlung und Beweisführung nach freier Ueberzeugung zu beurtheilen, ob eine tatsächliche Angabe für wahr oder nicht für wahr zu erachten sei. Er hat insbesondere in gleicher Weise zu beurtheilen, welche Wirkung der Zurücknahme von Auerkennungen oder Zugeständnissen beizumessen sei.

§ 34. läßt den indirecten Beweis zu. Notorische Thatfachen bedürfen nach § 35 keines Beweises. Die §§ 36—39 enthalten die Bestimmungen über den Urkundenbeweis.

§ 40 handelt vom Zeugenbeweise. Nach § 41 haben die Bestimmungen der Gerichtsordnung über Verwerflichkeit und Bedenklichkeit der Zugen auf das Bagatell-Verfahren keine Anwendung.

Die Aussage darf verweigert werden:

1. Ueber Fragen, deren Beantwortung dem Zeugen, seinem Ehegatten oder einer Person, mit welcher er in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grade verwandt oder verschwägert, oder mit welcher er durch Adoption verbunden ist, zur Schande gereichen oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde; 2. über Fragen deren Beantwortung dem Zeugen oder einer der in Ziffer 1 bezeichneten Personen unmitttelbaren vermögensrechtlichen Nachtheil zuziehen würde. Ueber Rechtsgeschäfte jedoch, bei welchen der Zuge als Urkundeyperson beigezogen worden ist, und über seine eigenen das streitige Rechtsgeschäft betreffenden Handlungen darf das Zugniss aus diesem Grunde nicht verweigert werden; 3. in Bezug auf Thatfachen, über welche der Zeuge nicht würde aussagen können, ohne die ihm berufsmäßig obliegende Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen, insofern er hievon nicht entbunden worden ist.

§ 45. Der Richter kann auch, bevor er zur Abhörung der Zeugen schreitet, zur Aufklärung über dessen persönliche Verhältnisse und über den Umstand, ob er eine für die Ermittlung des Sachverhaltes dienliche Aussage abzulegen vermöge, eine vorläufige Befragung desselben vornehmen. Auf Grund dieser Befragung kann der Richter nach Anhörung der Parteien beschließen, daß die Abhörung des Zeugen zu unterbleiben habe, oder er kann sich vorbehalten, über die Beeidigung des Zeugen erst nach erfolgter Abhörung desselben Beschluß zu fassen. Im letzteren Falle ist der Zeuge vor der Abhörung an die Pflicht zur Angabe der Wahrheit, an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage und an die Bedeutung des vorbehaltenen Eides zu erinnern.

§ 47. Zeugen, deren Aussagen sich widersprechen, können einander gegenübergestellt werden. Weitere Beweismittel im Bagatell-Verfahren sind der Beweis durch Sachverständige, durch Vergleichung der Handschriften und durch den Augenschein.

Die §§ 53—61 enthalten Vorschriften über den in unserem Prozesse ganz neuen Beweis durch eidliche Abhörung der Parteien als Zeugen. (Dieser Theil des Gesetzes wird später wegen seiner Wichtigkeit eine besonders ausführliche Behandlung erfahren.) Die Vorschriften über den Haupteid, Erfüllungseid und Schätzungseid haben im Bagatellverfahren keine Anwendung.

Wenn der Richter die Streitsache als reif zur Entscheidung erachtet, so erklärt er die Verhandlung für geschlossen. Die Verhandlung ist bis zur Verkündung ihres Schlusses als ein Ganzes anzusehen; alles bis zu diesem Zeitpunkte Vorgebrachte gilt als rechtzeitig vorgebracht.

§ 66. Das Urtheil kann nur von demjenigen Richter gefällt werden, welcher die Streitverhandlung persönlich geleitet hat. Muß vor der Urtheilsschöpfung eine Aenderung der Person des Richters eintreten, so

ist die mündliche Verhandlung von dem neu eingetretenen Richter mit Benützung der Akte, der zu den Akten gebrachten Beweisstücke und der protokolllarischen Beurkundungen von neuem vorzunehmen. Das Urtheil wird sofort nach Schluß der Verhandlung gefällt und mündlich verkündet. Mit dem Urtheile sind auch die Entscheidungsründe zu verkündigen. Ueber die Verhandlung muß ein Verhandlungs-Protokoll geführt werden.

§ 73. Die in dem Bagatell-Verfahren erlassenen Urtheile können nur durch das Rechtsmittel der Nullitäts-Beschwerde aus einem der folgenden Gründe angefochten werden: 1. weil das Bagatell-Verfahren nach den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zulässig war; 2. weil das Urtheil von einem nicht zuständigen Gerichte (§§ 1 bis 7) gefällt wurde; 3. weil dasselbe von einem Richter gefällt wurde, welcher zu dem Richteramte im Bagatell-Verfahren nicht berufen war (§ 8) oder welcher nicht die ganze Streitverhandlung geleitet hat (§ 66) oder nach den bestehenden Gesetzen verpflichtet war, sich wegen Befangenheit der richterlichen Amtshandlung in der Streitsache zu enthalten; 4. weil ungerechtfertigterweise die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde; 5. weil eine Person verhandelt hat, welche hiezu gesetzlich nicht befähigt oder nicht berechtigt war; 6. weil durch ungesetzliche Vorgänge einer Partei die Möglichkeit, vor Gericht zu verhandeln, entzogen wurde; 7. weil in der Hauptsache über den Antrag einer Partei hinaus erkannt wurde. Die Nullitäts-Beschwerde ist binnen der unerschießbaren Frist von acht Tagen bei dem Richter erster Instanz mündlich oder schriftlich anzubringen. Dieselbe muß im letzteren Falle mit der Unterschrift eines Advocaten versehen sein.

§ 76. Das Ober-Landesgericht hat, wenn es die Nullitäts-Beschwerde rechtzeitig angebracht und dieselbe begründet findet, das Urtheil aufzuheben und nach Maßgabe des Falles die zur Einleitung des gesetzlichen Verfahrens vor dem zuständigen Richter erforderlichen Anordnungen zu treffen. Liegt ein Anlaß zur Delegation eines anderen Richters vor, so ist dieselbe gleichzeitig zu verfügen. Das Ober-Landesgericht kann vor der Entscheidung über die vorgebrachten Nullitäts-ründe Erhebungen einleiten. Gegen die Entscheidung des Ober-Landesgerichtes findet kein Rechtsmittel statt.

§ 77. Durch die Erhebung der Nullitätsbeschwerde wird die Execution des Urtheiles nicht gehemmt. Gegen Beschlüsse durch welche die Einleitung des Bagatell-Verfahrens verweigert oder das eingeleitete eingestellt wurde, und gegen Bescheide, durch welche das Gesuch um Rechtfertigung des Ausbleibens oder um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen verstrichener Frist abgewiesen wurde, kann binnen der unerschießbaren Frist von acht Tagen der Recurs eingebracht werden. In Bezug auf die Execution finden die Bestimmungen des Summarverfahrens Anwendung.

Diesem 83 Paragraphen umfassenden Gesetzentwurfe ist ein erschöpfender Motivenbericht beigegeben, welcher sowohl die Tendenz und die hauptsächlichsten Gesichtspunkte desselben im allgemeinen darlegt, als eingehende Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen bietet. Die Raumverhältnisse verwehren uns, heute auf den sehr lehrreichen Motivenbericht näher einzugehen; wir können nur sagen, daß der Verfasser des Berichtes mit vielen und sehr triftigen Gründen den Bedenken zu begegnen weiß, welche gegen das neue Gesetz von dem Standpunkte vorgebracht werden könnten, daß es nicht gut sei, die Reihe der Specialgesetze um noch eines zu vermehren, statt mit der Reform der ganzen Civilprozeß-Ordnung alsbald zu beginnen. Einem anderen sehr erheblichen Bedenken, welches sich auf den Gesetzentwurf selbst bezieht, dürfte die Bestimmung begegnen, daß in Bagatellsachen die

Appellation ausgeschlossen sein soll. Als theilweises Ersatzmittel sind die vielen Fälle zulässiger Nullitäts-Beschwerde anzusehen, welche der Entwurf aufzählt, und ein näheres Eingehen auf den Motivenbericht, das wir uns selbstverständlich vorbehalten, dürfte namentlich im Hinblick auf die neue Einrichtung in anderen Ländern auch hierüber Beruhigung gewähren. Im ganzen haben wir es mit einer Arbeit zu thun, die, auf den Principien des modernen Civilprocesses beruhend, von dem Chef des Justizministeriums Dr. Glaser, den ärgsten Uebelsständen unseres Prozeßverfahrens, den Klagen des verküppelten Publicums abzuhelfen, ein neues Zeugnis liefert.

## Politische Uebersicht.

Salzbach, 4. September.

Die „Bohemia“ erzählt: ein Führer der Parlaments-Majorität habe vom Fürsten Auersperg bezüglich des Ständes der Wahlreform eine offene und un- zweideutige Erklärung über die Absichten der Regierung erbeten. Der Fürst habe, während er sich über den Inhalt der in Ausarbeitung begriffenen Reformvorlage die strengste Zurückhaltung auferlegte, doch die bestimmteste Versicherung gegeben, daß das Ministerium mit dieser Vorlage stehen und fallen werde.

Sämmtliche Parteien im ungarischen Reichstage constituirten sich. In der am 2. d. M. stattgefundenen Deak-Conferenz erschienen sämmtliche Minister, Deak und etwa hundert Abgeordnete. Deak wurde enthusiastisch empfangen. Nach Bekanntgabe der ältesten und jüngsten Mitglieder des Reichstages, wonach Subodh Alterspräsident und Albert Apponyi, Gabor Keglevich, Heddy Molnar und Rakacs provisorische Schriftführer werden, empfahl Deak den demissionirten Minister Bittó zum Unterhauspräsidenten. Der Vorschlag fand einstimmige Annahme. — Bei Sennehy versammelten sich gestern Majlath, Ezrath, Ferdinand Zich und andere behufs Constituierung einer liberal-conservativen Partei. Der Fürst Primas versammelte um sich den gesammten ungarischen Hochadel. Auch Apponyi hatte eine Berathung mit den Altconservativen. — Nach einer Zusammenstellung im „Ungarischen A.“ sind gewählt: 231 Deakisten, 19 Reformer, 104 von der Tisza-Partei, 41 Achtundvierziger, 10 Wahlen sind noch ausständig. — Die erste Reichstags-sitzung war sehr zahlreich besucht; nur die äußerste Linke zeigte viele Lücken. Auffallend sind die vielen neuen Abgeordneten. Das Ministerium erschien vollständig.

Das Unterrichtsgesetz wird diesen Winter im preussischen Landtage nicht eingebracht; dagegen kommt eine Revision der Kaumer'schen Schul-Regulative noch diesen Herbst zum Abschlusse.

In der bairischen Ministerkrise ist bisher noch keine Entscheidung erfolgt; sie dürfte jedoch, nach den vorliegenden Anzeichen zu urtheilen, in Kürze platzgreifen, sobald nur die geeigneten Persönlichkeiten für einzelne Portefeuilles gefunden sein werden. Im ganzen genommen wird das, was jetzt in Baiern vorgeht, von deutschen Blättern als eine neue Episode in dem alten Kampfe zwischen den Parteien der sogenannten Nationalen und Patrioten charakterisirt. Das Justiz-Portefeuille wurde auch vom Präsidenten Neumayer (Mitglied des Bundesraths) abgelehnt. Das Bestreben Gaffers geht dahin, dem neuen Ministerium einen particularistischen, nicht einen ultramontanen Charakter zu geben. Die Bildung des Ministeriums ist nach den neuesten Nachrichten noch nicht gelungen.

## Seniellen.

### Das Heiligthum einer französischen Muse.\*

Von Schmiedl.

#### III.

Graz, im August 1872.

Die Muse der Ferien führt mich wieder zu meiner französischen Muse in Gestalt des Stiftofräuleins Eulalia von Saint-Epinoc nebst den an ihrer Seite handelnden Hauptpersonen Gräfin Mautson und Lucien von Merinval, welche drei interessante Persönlichkeiten ich nunmehr zum Schlusse ihrer Liebesintrigen noch auf den Schauplatz führe, um die entworfene Illustration dieser drei theils activen, theils passiven Helden völlig einzurahmen.

Der Freund und Dichtercolleague unseres Stiftofräuleins hatte in ihr, wie wir schon aus dem Vorerzählten entnommen, eine wirksame Unterstützung und eine kräftige Mitverbündete seines Planes gefunden.

Wie sie den Lucien überwachte, wie sie sich aller seiner Bewegungen und Vorgänge versicherte! es gibt keinen Detectiv im Lande, der in der Ueberwachung einer listigen Frau gleich kommt. Die Frauen wissen alles, was sie wissen wollen, und dringen überall ein, wenn sie auch nicht eindringen sollen. Umsonst wird man ein Herz, um das sie sich interessieren, vor ihrem

Einflusse schützen, sie finden Mittel, sich zu insinuieren, und legen das tiefste Geheimnis bloß. Merinval war daher in den besten Händen, und sein hofmeisterlicher Ueberwacher konnte die Zügel schießen lassen.

Was Eulalia in dieser Richtung that, war wohl zunächst im eigenen wohlverstandenen Interesse, darüber geben wir uns keiner Täuschung hin. Sie ging nach Art vorzüglicher Jäger vor, die nicht im eigenen Walde sich bewegen, sie machte Jagd auf eigene Rechnung mit wunderbarem Geschick. Auf diese Art betrachtete Eulalia den jungen schönen Mann als ihr Heiligthum, und aus diesem Titel übertrug sie auf sein Benehmen einen nachspürenden Blick und beide eifersüchtige Augen. Gleichzeitig suchte sie ihn anzuziehen und anzuspinnen, nämlich mit den durchdachtesten Mitteln sich seiner zu bemächtigen. Welche Klugheit und Spitzfindigkeit sie da verwendete, welche Quellen der Einbildungskraft sie zu entwadeten wußte. Bald waren es allerliebste, zärtliche, duftende Briefchen, die ihn überraschten und ihn allenthalben unter allen Lagen seines Lebens verfolgten. Man bot ihm einen Platz im Schauspiel oder Concert an, einen Gang in den Tempel der Musen oder in die Ausstellung der Künste und Wissenschaften, kurz es mangelte nie an Vorschlägen, in seiner Nähe zu sein. Hatte sie ihn einmal in der Hand, so hielt sie ihn fest, so lang als möglich; und falls er ihr entschlüpfte, ruhte sie nicht, bis sie wieder seiner habhaft war. Sie ließ alle Batterien spielen, es kam ihr selbst auf eine Einladung zum Diner nicht an, was zu jener Zeit, in der wir schreiben, für sie nichts leichtes war, denn die Ordnungspreise

ihrer dichterischen Arbeiten wurden immer schütterer. Dessenungeachtet keine Ruhe, kein Stillstand, sie begriff mit der fortschreitenden Zeit die Gefährlichkeit ihrer Lage. Hörte der junge Mann einmal auf, sich in ihrem Kreise zu bewegen, suchte er eine neue Kunstspähre, so war er wahrscheinlicher Weise für sie verloren. Es galt also, ihn im Athem zu erhalten, ihn zu beschäftigen, ihn zu bemästern, und wenn nöthig, zu erobern. Es schien nichts desto weniger, daß sie ihr schön entworfener Plan kaum zum Ziele führen werde.

Eines Tages kommt Fräulein Eulalie mit einer Miene voll Wuth und Zorn, mit geballten Fäusten zu ihrem Dichterfreund. Ihr Anzug war in Unordnung, der Hut hing hinter dem Kamm, der Brustschleier war verschoben und die Bänder der Schnürstiefeln zogen gleich einer Angelschnur ihr nach. Kaum eingetreten, stemmte sie die Hand in die Hüfte und beachtete nicht einmal die Begrüßungs-Étiquette. Mein Lieber, schrie sie auf, ich komme zu Ihnen, denn was vorgefallen, geht Sie so gut wie mich an. Alles steht auf der Spitze, hier muß eine Grenze gezogen werden, verstehen Sie, eine Grenze.

Um was handelt es sich, liebenswürdige Eulalie? fragte ich mit der Artigkeit eines Cavaliers. Sprechen Sie, Stiftofräulein, und vorerst bleiben Sie nicht auf diesem Feldesfeld sitzen. Bedienen Sie sich um des Him-mels willen eines Fauteuils.

Nein, mein Lieber, alle Artigkeiten abgebrochen, ich bin nicht gekommen, um Sitzung zu halten; es handelt sich um zwei Worte ohne Punkt und ohne Komma, daß

\* Vergl. Nr. 98 ac. d. Bl.



Einige Organe der vorgeschrittenen Linken der französischen Nationalversammlung, und unter ihnen neuerdings auch der „Säule“, werden nicht müde, über abermalige politische Verhaftungen Klage zu führen. In Folge dessen ist der Regierung nahe stehende „National“ ermächtigt zu erklären, daß die Gesamtziffer der wegen Handlungen, welche mit der Commune zusammenhängen, seit Monatsfrist vollzogenen Verhaftungen sich auf 35 beläuft. — Das „Journal des Debats“ ist von der diesjährigen Session der Generalräthe, soweit dieselbe sich bis jetzt übersehen läßt, sehr befriedigt. Im vorigen Jahre, als sie zum erstenmale nach dem neuen Decentralisations-Gesetze zusammentraten, hätten diese Departemental-Versammlungen sich erst orientieren und von den schweren Prüfungen des Krieges und des Bürgerkrieges aufathmen müssen, diesmal dagegen schon viel freier und ungestörter ihren Geschäften obliegen können.

Der Bundesrath in Bern hat die Neuwahl des Nationalrathes dem Gesetze gemäß auf den 27. Oktober anberaumt. — In Basel beschloß eine Volksversammlung eine Massen-Petition an die baseler Regierung um Herstellung von Arbeiterwohnungen auf Staatskosten.

Meldungen aus Irland zufolge ist zwar die Ruhe in Belfast wieder hergestellt, die Nachwehen jedoch werden in manchen Kreisen erst recht verspürt. Die Polizeigerichte haben mit Untersuchungen vollauf zu thun und sind gegenwärtig mit McGeehy und Moffat beschäftigt, die unter der Anklage stehen, den Subcon-stablen Morton erschossen zu haben. Die Witwe des ermordeten Constablers hat eine Entschädigungssumme von 3000 £. beansprucht, und im ganzen beträgt die Summe der bis jetzt geltend gemachten Ansprüche auf Entschädigungen etwa 14.000 £. Dem jetzigen Frieden ist jedoch wenig zu trauen.

In Peru herrscht wieder vollständige Ruhe. Der neue Präsident, Manuel Pardo, ist nicht Militär, wie die meisten seiner Vorgänger, und wird als ein intelligenter, energetischer und mit den Geschäften vertrauter Mann geschilbert.

### Der fünfte österreichische Lehrertag

in Klagenfurt hat in der ersten Hauptversammlung als Ergebnis der Verhandlungen über drei Thematena eine Reihe von Resolutionen angenommen, welche die Entfernung des Pfarrers aus dem Ortschulrath, die Stellung der Lehrer, die Orts- und Bezirksschulbehörden, die Aufhebung des Schulgeldes, die Lehrerbildungsanstalten u. s. w. zum Gegenstande hatten.

Am 31. v. M. nachmittags fand eine Versammlung der Ortschulräthe statt. Aus derselben berichten wir, daß ein Versuch, das kärntner vortreffliche Landes Schulgesetz dahin zu ändern, daß die Ernennung der Lehrer wieder dem Ortschulrath zustehe solle, vereitelt wurde.

Herr Bürgermeister Jeffermigg trat unter großem Beifalle für die jetzt geltenden Gesetzbestimmungen ein und brachte den Decentralisationsantrag des Herrn Pfarrer Winkler mit großer Majorität zum Falle.

In der zweiten Hauptversammlung am Sonntag d. 1. d. M. referierte zuerst Herr Professor Kremer aus Graz über Lehrerbildung und Lehrerbildungs-Anstalten. Nach längerer Erörterung, an welcher verschiedene Redner theilnahmen, wurde zur Abstimmung geschritten.

Referent Herr Kremer empfiehlt folgende Thesen zur Annahme:

1. Die Aufgabe der Lehrerbildung ist, auf Grundlage einer allgemeinen Bildung die für den Lehrberuf nothwendige Fachbildung zu geben.

2. Diese Aufgabe kann nur dadurch gelöst werden, wenn neben der Erweiterung der allgemeinen Bildung die Vertiefung und Durchdringung der Unterrichts-Disziplinen, die Einführung in die theoretische und praktische Pädagogik, die Weckung und Stärkung der Berufsliebe und die Charakterbildung als Ziel verfolgt wird.

3. Als Maß der allgemeinen Bildung zur Zulassung der Aufnahmeprüfung dienen die Kenntnisse und Fertigkeiten welche an einer Bürgerschule erworben werden können.

Antrag des Herrn Lukas: „Wer in die Lehrerbildungsanstalt aufgenommen werden will, hat sich einer strengen Aufnahmeprüfung zu unterziehen, bei welcher der Zögling dasjenige Maß von allgemeiner Bildung aufzuweisen hat, das er in den vier unteren Klassen der Mittelschule oder in einer Bürgerschule erwerben kann, die fremden Sprachen ausgenommen.“

Die Lehramtszöglinge sind bezüglich der Wehrpflicht den Schülern an Mittelschulen gleichzuhalten. (Angenommen.)

4. Die Aufnahme von Schülern aus den oberen Klassen einer Mittelschule in einen höheren Jahreskurs der Lehrerbildungsschule ist als unzweckmäßig nicht zu gestatten. Abiturienten, mit einem Reisezeugnis versehen, können in den vorletzten Jahreskurs aufgenommen werden.

5. In der Lehrerbildungsschule ist mit der Theorie die Praxis zu verbinden; daher soll in den zwei oberen Klassen der Methodik und den methodologischen Uebungen eine ausreichende wöchentliche Stundenzahl gewidmet werden.

6. Nicht die gesetzlich vorgeschriebene Lehrbefähigung für die Mittelschulen verschafft die Qualifikation zum Hauptlehrer; wissenschaftlich gebildete und in der Volksschulpraxis vollkommen erfahrene Schulmänner sind die geeigneten Hauptlehrer.

7. Absolvierten Lehramtszöglingen, welche hervorragende Fähigkeiten zeigen, sollen Staatsstipendien zu einem dreijährigen Studium in von ihnen frei gewählten Fächern auf einer Universität bewilligt werden.

8. Diese haben sich nach Abgang von der Universität einer wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen und können dann als Bürgerschullehrer oder nachdem sie wenigstens durch fünf Jahre Unterricht an einer öffentlichen Volksschule ertheilt und das Wesen des Volksunterrichtes erfaßt haben, als Uebungslehrer oder Hauptlehrer angestellt werden.

9. Mit jeder Lehrerbildungsschule ist eine musterhaft eingerichtete vierklassige Uebungsschule zu verbinden. Michael Berger stellt nachstehenden Zusatzantrag:

„Insofern die Bildung abnormer Kinder einen integrierenden Theil der Pädagogik bildet, möge dieses Fach in den Lehrerbildungsanstalten seine Vertretung und Berücksichtigung finden; zur Heranbildung von Lehrern jedoch für diesen speciellen Beruf mögen eigene Veranstaltungen und Institutionen geschaffen werden.“ (Angenommen.)

Referent Heller aus Wien berichtet über Kindergarten und empfiehlt folgende Sätze zur Annahme:

1. Zwischen der häuslichen und Schulerziehung fehlt die nothwendige Vermittlung.

2. Diese Vermittlung bildet der Kindergarten, der nicht ein Ersatz der häuslichen Erziehung ist, sondern eine Unterstützung und Ergänzung derselben.

Er bietet die für jedes Kind unerlässliche Vorbildung zur Volksschule.

3. Der Kindergarten bildet die erste Stufe der öffentlichen, planmäßigen Erziehung.

4. Der Kindergarten muß, wenn er Gemeingut

werden und seinem Zwecke ganz entsprechen soll, in organischen Zusammenhang mit der Volksschule treten.

5. Die moderne Volksschule muß die Bildungsmittel des Kindergartens aufnehmen und fortsetzen.

Sämmtliche Thesen wurden einstimmig von den sehr zahlreich versammelten Damen und Herren angenommen.

Beim dritten Thema über den naturkundlichen Unterricht in der Volksschule empfiehlt Herr Maier aus Wien folgende Thesen zur Annahme:

1. Die Auswahl des natürlichen Stoffes ergibt sich aus dem Zwecke der Volksschule.

2. Wenn auch den örtlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden soll, so darf das Nützlichkeitsprincip nicht den ersten Rang einnehmen.

3. Das Naheliegende und Heimatlische ist dem Ferneren und Fremden vorzuziehen.

4. Die Volksschule beschränke sich auf das Nothwendige und Charakteristische.

5. Die vorhandenen Vesebücher berücksichtigen obige Punkte nur unzureichend.

Thesen zum Unterrichtsverfahren:

1. Die Natur ist nicht bloß zu beschreiben, sondern auch wo möglich in ihrer Entwicklung zu beobachten.

2. Der Unterricht in der Naturgeschichte beginnt mit der Betrachtung einzelner Naturkörper.

3. Das Vesebuch hat auch schon in den unteren Klassen nicht als Leitfaden für den naturkundlichen Unterricht zu dienen.

4. In der Lehrerbildungsanstalt ist eine zweckmäßige Vorbildung für diesen Unterricht anzustreben.

Laurenz Mayer schlägt noch nachstehende Resolution vor:

In Erwägung, daß sich der confessionelle Religionsunterricht auf Dogmen stützt, deren Inhalt häufig mit den Naturwissenschaften sowohl, als auch mit den praktischen Forderungen des alltäglichen Lebens im grellsten Widerspruch stehen, spricht sich der fünfte allgemeine österreichische Lehrertag aus pädagogischen Gründen gegen die Ertheilung irgend eines confessionellen Religionsunterrichtes in der Volksschule aus. (Einstimmig angenommen.)

An der Debatte theilnahmen die Herren Hein und Riß aus Wien und Lederer aus Pest. Sie stimmen im wesentlichen den Ausführungen des Referenten bei, und zum Schlusse werden die von ihm vorgeschlagenen Thesen und die Resolution angenommen.

### Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser sind Mittwoch nachmittags 4 Uhr nach Berlin abgereist und kehren am 15ten September für einige Tage nach Pest zurück, dann begeben sich Se. Majestät nach Wien, um bald mit der Allerhöchsten Familie zu längerem Aufenthalte in die Schwesterstädte zurückzukehren. — Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Albrecht ist am 1. d. in Lemberg angelangt und hielt Revue über die dortige Garnison. Er drückte derselben seine Zufriedenheit mit ihrer Haltung aus. — Für den 12. d. M. erwartet man in Zara die Ankunft des Herrn Feldmarschall Erzherzog Albrecht und des Landesvertheidigungsministers. — Am 2. d. M. reiste Herzog Max Emanuel in Bayern nach Berlin zur Drei-Kaiser-Zusammenkunft, einer speciellen Einladung des deutschen Kaisers Folge leistend.

— (Personalnachrichten.) Der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auerperg ist in Pest angekommen. Der Herr Minister Glaser ist von Wien in Salzburg angekommen und der Herr Minister Schumacher reist von Ruffee nach Ischl.

Sie mir einen jungen Mann anvertraut haben, der mich compromittiert.

Wer denn, mein theures Stiftdräulein? Sollte es zufällig Lucien sein?

Ja, Lucien, mein Lieber, Ihr Lucien, von dem formwährend Ihr Mund voll ist. Er compromittiert auch Sie fürchterlich. Lachen Sie nicht, es ist bitterer Ernst. Als ich ihn aus Ihrer Hand übernommen, schmeichelte ich mir, einen geleckten Bären an mich zu ziehen, ein solches Vertrauen setzte ich in Sie und Ihre Erziehung, muß aber beifügen, daß mein Vertrauen niedriger Weise getäuscht wurde. Sie haben mir eine Wolfesfalle gelegt, geschehen Sie es nur!

Ich, mein Fräulein? Gott ist mein Zeuge, ich weiß nichts.

Verhindert durchaus nicht, daß ich gefangen bin und in der Falle laße, was ich darin lassen kann. Da gibt es gar nichts zu spötteln.

Sprechen Sie deutlicher, schütten Sie Ihren Schmerz aus, was hat er Ihnen gethan? Fürchterliches, Unerhörtes, mein Freund. Stellen Sie sich vor, ich habe mich für ihn geopfert, ich habe verschwendet. Aufmerksamkeit, Zuorkommenheiten, nichts war mir zu viel; ich war das einem jungen Manne schuldig, dessen Wohlgestalt mich anzog, oder der vielmehr Ihr Schützling war. Was verlangte ich zum Lohne? Blutwenig, gerechter Gott, einige Rücksichten, eine kleine Dankbarkeit, deren er doch gewiß fähig ist. Nichts von alledem. Ein Eieblock, ein Fossil, eine Versteinerung! da haben Sie's, was Sie mir zugeführt haben.

Vielleicht haben Sie als Stiftdräulein nicht genug des Ihrigen dazu gethan? wagte ich mit dem Anscheine der Unschuld bescheiden zu fragen.

Mein Lieber, schonen Sie mich, seit drei Wochen komme ich aus dem Erörthen nicht heraus, ich erschöpfe mich im Schamgefühl, alles Blut strömt aus meinen Adern in die Wangen. Fruchtlos!

Wünschen Sie, daß ich Ihnen zur Erleichterung Ihrer Leiden eine Nomenclatur von Verlassenen aufzähle, z. B. da haben wir eine Ariadne, eine Dido, eine Donna Elvira.

Lassen Sie mich mit ihren Alterthümern in Ruhe; ich habe keine Neigung zu Mumien, ich will von Ihrem jungen Freunde sprechen. — Von Lucien? sei es, nur erlauben Sie mir einzumenden, daß er sein Muster am Scipio dem Afrikaner bei der Belagerung von Karthago gefunden hat. — Nur zu! Sie gehen bergab, mein Freund, auch Sie versteuern, Sie setzen Moos an. Lassen wir ab von den Alterthümern, leben wir unserer Zeit, es handelt sich um den lebenskräftigen Lucien, hören Sie seinen letzten Zug? Ich wollte nicht loslegen, die Verwirrung verzehrte mich bei den bloßen Gedanken. Versprechen Sie mir, von meinem Geständnis keinen Mißbrauch zu machen, ich vertraue es einem verschlossenen Ohre.

Verzeihen Sie das Wort, es ist der Schrei der Scham in den letzten Zügen. Denken Sie, daß an einem der letztverfloffenen Morgen, ich muß gestehen zu sehr früher Stunde, ich mit den Gedanken an Lucien er-

wachte, an Lucien, der mir seit vielen Tagen abgeht, nach welchem ich an diesen Morgen mich glühend sehnte.

Ich versprach, mein ganzes Geheimnis in Ihre Brust zu senken, Sie sehen, daß ich Wort halte. Ich kämpfte meine Gedanken nieder und wich endlich nur der Unwiderstlichkeit.

Man wirft sich nicht gern den Leuten an den Kopf, ohne zu zaudern. Ich zauderte endlich nicht, ich gab mich hin, d. h. ich ergab mich dem Geschehe. In aller Eile zog ich ein Morgenkleid an, warf einen Shawl über meine Achsel und machte mich bei eifigem Nebel auf den Weg; Sie errathen wohin, und zu welchem Zwecke. — Stellen Sie einen Schirm vor mein Gesicht, ich kann Ihren Blick nicht ertragen.

Fassen Sie Muth, mein Fräulein. Soll ich Ihnen zur Hilfe kommen? ich thu's nach besten Kräften. Sie gingen also, um Unterlunk für Ihr verletztes Herz zu suchen. Sie traten bei Lucien ein, ist es so?

Sie haben es gesagt, und dieses Wort gibt mir meine ganze Kraft wieder; das war's, was ich nicht über die Lippen bringen konnte. Jetzt fahre ich fort. Ich klopfe an Luciens Thür. Sie sehen, wie weit ich für den jungen Mann gehe; Sie haben mir ihn ja empfohlen. Ich klopfe also an die Thür zwischen 6 und 7 Uhr morgens; ich verschweige nicht den kleinsten Umstand, es gereicht mir zum bitteren Vergnügen, selbst die erschwerten zu erwähnen. Ich klopfe leise, man fragt mich, ich nenne mich.

(Fortsetzung folgt.)



